

PRESSEMITTEILUNG

Die europäische Reaktion auf den Inflation Reduction Act

Paris/Wiesbaden, 21.09.2023 – In einer gemeinsamen Stellungnahme bewerten der französische Conseil d'analyse économique (CAE), der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Deutsch-Französische Rat der Wirtschaftsexperten (FGCEE) die Auswirkungen des US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA). In ihrer Analyse untersuchen sie die wirtschaftlichen Folgen dieses ambitionierten US-Subventionsprogramms auf die EU und erörtern, wie die EU darauf reagieren sollte. Die Räte kommen in ihrer Analyse zu der Einschätzung, dass das Gesamtvolumen des IRA vergleichsweise niedrig ist und deshalb geringere gesamtwirtschaftliche Auswirkungen in Europa und in den USA haben dürfte als die aktuell schon bestehenden Energiepreisunterschiede zwischen den beiden Regionen. Die EU sollte deshalb auch nicht mit umfassenden Subventionen reagieren, sondern sich vielmehr darauf konzentrieren, ihre industriepolitische Strategie zu überarbeiten und die Energiekosten deutlich zu senken.

Der IRA, der die Erzeugung und Einführung erneuerbarer Energie fördern soll, ist Anfang 2023 in Kraft getreten. Einige der IRA-Subventionen sind an "Buy-American" Bedingungen geknüpft. Dies hat in der EU erhebliche Kritik hervorgerufen. Der IRA hat eine intensive Debatte über die Ausrichtung der europäischen Industriepolitik ausgelöst. Die vorliegende gemeinsame Stellungnahme von CAE, Sachverständigenrat Wirtschaft und FGCEE trägt zu dieser Debatte bei. Sie quantifiziert die makroökonomischen Auswirkungen des IRA und erörtert, wie die EU die grüne Transformation meistern, gleichzeitig ihre wirtschaftliche und strategische Widerstandsfähigkeit stärken, Arbeitsplätze und Produktivitätswachstum erhalten und die europäische Solidarität und internationale Koordinierung aufrechterhalten kann.

Die genaue Bewertung der makroökonomischen Auswirkungen des IRA ist schwierig, weil die Schätzungen des fiskalischen Impulses stark voneinander abweichen. Die Schätzungen reichen von 390 Mrd bis 900 Mrd US-Dollar über den Zeitraum von 2023 bis 2031. Das Gesamtvolumen der verschiedenen EU-Programme, die initiiert wurden, um die Klimaziele zu erreichen und die grüne Transformation zu erleichtern, ist mit dem Volumen des IRA vergleichbar. „Da die Subventionen des IRA durch aktuelle oder zukünftige Steuern finanziert werden müssen, erwarten wir nur minimale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf die USA und die EU. Auch wenn bestimmte Industrien möglicherweise unterstützt werden müssen, sollte ein Subventionswettbewerb mit den USA und innerhalb der EU vermieden werden. Unsere industriepolitische Antwort sollte nicht von dem IRA diktiert werden, dessen wirtschaftliche Auswirkungen für die EU keine signifikanten Risiken darstellen. Unsere Antwort sollte auf den eigenen wirtschaftlichen, sozialen und strategischen Bedürfnissen Europas und auf unserer globalen Verpflichtung zur Dekarbonisierung basieren“, erklärt Camille Landais, Président délégué des CAE und Ko-Vorsitzender des FGCEE.

Der IRA wirkt vor allem über Produktions- und Investitionssubventionen, die im Steuersystem verankert und von denen viele nicht gedeckelt sind. Dies dürfte aber nicht ausreichen, um die Herausforderungen der Dekarbonisierung effizient zu bewältigen. Der europäische

Politikansatz, der sowohl CO₂-Preise als auch gezielte industrielle Interventionen umfasst, ist deutlich kosteneffizienter. Gleichzeitig kann Europa allerdings von der einfachen Ausgestaltung und der schnellen Umsetzbarkeit der IRA-Unterstützungsmaßnahmen lernen. Es sollte daher eine Priorität sein, die europäischen Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Sektorale Unterstützung sollte sich auf Sektoren konzentrieren, in denen die EU-Mitgliedstaaten entweder derzeit komparative Vorteile haben oder voraussichtlich entwickeln werden, was zu erheblichen ökologischen und technologischen externen Effekten führen dürfte.

Insgesamt ist zu erwarten, dass nicht der IRA selbst, sondern die beträchtlichen Energiepreisunterschiede zwischen der EU und den USA erhebliche makroökonomische Auswirkungen haben werden, da sie die Attraktivität Europas als Investitionsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrien negativ beeinflussen. „Gemeinsam koordinierte Anstrengungen zur Senkung der Energiepreise in Europa sind von größter Bedeutung. Deshalb gilt es, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, um die Energieversorgung zu stärken. Gerade weil die Transformationsstrategien in Deutschland und Frankreich sehr unterschiedlich sind, plädieren wir für eine gegenseitige Unterstützung in den jeweiligen Anstrengungen und insbesondere dafür, sowohl Kernkraftwerke als auch wasserstofffähige Gaskraftwerke als Übergangstechnologien im Rahmen der EU-Taxonomie auszuweisen. Beide Länder können von einer verstärkten Zusammenarbeit beim Ausbau der europäischen Energieinfrastruktur profitieren, sowohl für Strom als auch für Wasserstoff“, sagt Monika Schnitzer, Vorsitzende des GCEE und Ko-Vorsitzende des FGCEE.

Diese Stellungnahme wurde gemeinsam vom französischen Conseil d'analyse économique (CAE), dem deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) und dem Deutsch-Französischen Rat der Wirtschaftsexperten (FGCEE) verfasst.

Autoren der gemeinsamen Stellungnahme sind Sébastien Jean, Camille Landais, Thomas Philippon und Aurélien Saussay, Mitglieder des CAE, sowie Monika Schnitzer, Veronika Grimm, Ulrike Malmendier, Achim Truger und Martin Werding, Mitglieder des Sachverständigenrates Wirtschaft. Monika Schnitzer und Camille Landais sind gleichzeitig Ko-Vorsitzende des FGCEE.

Der Deutsch-Französische Rat der Wirtschaftsexperten ist ein ständiges bilaterales Gremium, das auf der Basis des Vertrages von Aachen eingerichtet wurde. Es ist unabhängig und soll Politikempfehlungen zu wirtschaftspolitischen Themen von gemeinsamem Interesse aussprechen. Der Expertenrat berichtet an den Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrat (DFFWR), der sich aus den Finanz- und Wirtschaftsministern beider Länder und den beiden Notenbankchefs zusammensetzt.

Den Ko-Vorsitz des Beratungsgremiums auf deutscher Seite hat die Vorsitzende des Sachverständigenrates Wirtschaft, Monika Schnitzer, inne. Auf französischer Seite hat der Vorsitzende des Conseil d'analyse économique, Camille Landais, den Ko-Vorsitz inne. Die Ko-Vorsitzenden können auf deutscher beziehungsweise französischer Seite jeweils bis zu vier weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die deutsche beziehungsweise französische Seite in den Expertenrat berufen. Die Tätigkeit für den Beirat ist ein persönliches Ehrenamt.

Press contact:

Hélène Spoladore

Conseil d'analyse économique (CAE)

Telefon: +33 1 42 75 77 47

helene.spoladore@cae-eco.fr

Nadine Winkelhaus

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Telefon: +49 611 75-3110

presse@svr-wirtschaft.de